

5. Katastrophenseminar über Großschadensereignisse der Berliner Polizei und Feuerwehr vom 21. 22.09.1995 in Berlin

Verhalten und psychische Reaktionen bei Brand- und Chemiekatastrophen unter Berücksichtigung des Evakuierungsverhaltens

Wolf R. Dombrowsky

Vorbemerkung

Der Beitrag zielt auf die Bewältigung einsatzpraktischer Probleme bei Brand- und Chemiekatastrophen. Dabei ist jedoch zu beachten, daß die Mehrzahl der einschlägigen Forschungen zu allen Aspekten von Entstehung, Verlauf, Einsatzabwicklung und Reaktionsbildung bei Einsatzkräften, Betroffenen und Einströmenden vorwiegend außerhalb Deutschlands stattfand und noch immer stattfindet. Dies gilt ganz besonders für die Praxis von Evakuierungen, die bislang eher der Tabuierung anheimfiel denn einer vorurteilsfreien Befassung. Auch hier sollen aber nicht Gründe und Hintergründe diskutiert, sondern vielmehr nur die Ansätze vorgestellt werden, die sich in anderen Gesellschaften bewährt haben und die auf deutsche Verhältnisse übertragbar scheinen. Längst verfügt die internationale Katastrophenforschung über ausreichende und wissenschaftlich fundierte Sachkenntnis, um begründet raten und empfehlen zu können. Es scheint deshalb an der Zeit, die Theorie praktisch werden zu lassen und die Praktiker mit Kenntnissen zu konfrontieren, die sich praktisch bewähren könnten, sofern kein eingefahrenes Denken dagegensteht.

Ausgangsannahmen

Die Verlaufsdynamik von Großschadensereignissen hat sich in der Vergangenheit grundlegend gewandelt. Bei Brandereignissen haben sich vornehmlich die Inventare (Mix, Konzentration) und die Verlaufsgeschwindigkeiten verändert, Probleme bilden Intoxikationen, Synergieeffekte, Umweltunverträglichkeiten (z.B. Sandoz) und Fernwirkungen (z.B. Einstellung des Flugbetriebs durch Rauchgase; Kurzschlüsse durch Ionisation). Im Chemiebereich haben die Agglomeration und Konzentration von Stoffen, Energiearten und -mengen eine qualitative wie quantitative Vergrößerung des Risikopotentials bewirkt (Dominieffekte - Flixborough). Das Alter der Produktionsanlagen sowie Rationalisierung und Flexibilisierung der Produktion selbst (z.B. Hoechst) machen Ausfälle wahrscheinlicher. Der zunehmende Transport von Rohstoffen und Produkten mobilisiert zugleich die Risiken und dezentralisiert Gefährdungspotentiale entlang der Verbindungslinien von Produktion, Lagerung und Konsumption. Die medial vermittelte weltweite Teilhabe an Unglücken, Unfällen und

Katastrophen führt zu einer subjektiv erlebten Risikopräsenz, die, unbeschadet der tatsächlichen Risikalität, in wachsende Risikoaversion einmündet. Zunehmend werden Risiken abgelehnt oder durch entsprechende Minimierungsversprechen in Richtung "Sozialverträglichkeit" umhegt. Der so konstruierte normative Wert der Sicherheit generiert damit zwangsläufig beständig zunehmende Auflagen, Vorschriften und Maßnahmen, die wiederum, zusammengenommen, das Variablen-set der Scheiternsmöglichkeit durchaus in Richtung eines vergrößerten Gesamtrisikos auszudehnen vermögen (vgl. Perrow). Die Verhaltensmöglichkeiten gegenüber Risiken verändern sich dadurch negativ. Die Kluft zwischen Sicherheitsversprechen und realer Bedrohung wird größer, und weil sie sich der Wahrnehmung entzieht, wird sie zugleich gefährlicher im Sinne von schadensverstärkend. Darin besteht das Problem: Die materielle Umsetzung der Sicherheitsversprechen (Gesetze, Auflagen, Maßnahmen) vergrößert Sicherheit tatsächlich, indem die Schadeneintrittswahrscheinlichkeit sinkt. Die Schadensgrößen bei Risikoeintritt verringern sich dadurch jedoch nicht zwangsläufig ("low probability/high consequences"), was dann ganz zwangsläufig dazu führt, daß die von Sicherheitsbeteuerungen eingelullten und weitgehend risikoavers denkenden Betroffenenpopulationen zugleich schwer enttäuscht und reaktionsunfähig dem Schadensereignis ausgesetzt sind.

Das Problem ist struktureller Natur. Die überwiegend medial vermittelte Risikopräsenz treibt keine reale Erfahrung hervor, wie man Risiken angemessen bewerten und bei ihrem Eintritt adäquat handhaben soll. Statt dessen entsteht eine unterschwellig sensationslüsterne Erwartungshaltung, die Affekte an Superlative koppelt. Um Aufmerksamkeit zu erregen, werden Unfälle zu Katastrophen aufgebläht und nicht repräsentative Reaktionen von Betroffenen zur Hauptsache verkehrt (so z.B. Panik, Plünderung, kriminelle Handlungen). Die bewußtseinsbildenden Folgen sind selbst ein Risiko: Mangels eigener, realer Erfahrungen glauben die meisten Menschen, was ihnen von den Medien und von Filmen präsentiert wird. Aus ökonomisch motivierten Bebilderungen werden handlungsprägende Erwartungen. Weil also Menschen glauben, daß sich bei Großschadensereignissen oder Katastrophen das, was sie aus den Medien kennen, tatsächlich ereignen wird, konzentrieren sie sich innerlich auf diese Erwartungen anstatt die Situation zu analysieren. Im Extrem wird nicht auf eine faktische, sondern eine imaginierte Gefahr und damit zweifach falsch reagiert. Es ist daher nicht übertrieben, wenn man die Bevölkerungen moderner Industriegesellschaften in diesem Sinne für doppelt fehlangepaßt an ihre eigenen zivilisatorischen Risikolagen bezeichnet.

Die individuell wirksame Fehlanpassung wird auf kollektivem und administrativem Niveau ungewollt fortgesetzt und verstärkt; auch hier ist das Problem struktureller Natur: Sowohl den Produzenten von Risikolagen (generell: zurechenbare Risikoquellen) als auch ihren institutionalisierten Umhegern (Gewerbeaufsicht, TÜV, Versicherer, Kontrollorgane etc.) geht es um die Hervorbringung

einer positiven Leistung, um Sicherheit. Mit dem Erfolg dieser Hervorbringung sinkt die Einsicht in ihre Notwendigkeit. Warum weiter anstrengen, wenn doch nichts passiert? Die darin angelegte Dynamik ist gleichfalls selbst ein Risiko, weil eine umgekehrte Proportionalität entsteht: Je weniger tatsächlich passiert, desto größer muß die Gefahr sein, gegen die man sich vorbeugend zu wappnen hat. Desto wichtiger werden auch "Demonstrationsmenetekel", die beweisen, daß die Risiken, vor denen man warnt und gegen deren Eintritt man sich wappnet, durchaus eintreten können. Propagandistisch betrachtet sind jene Menetekel am schönsten, die andernorts passieren aber zuhause vorführen, wie richtig es ist, "das eigene Haus in Ordnung zu halten". Gerade deshalb auch sind die Medien ein stabiler und stabilisierender Bündnispartner. Desto chaotischer es andernorts zugeht, umso erfolgreicher ist man selbst. Die bis in zynische Häme abgleitenden Berichte zu Tschernobyl ("russische Schrottreaktoren") und Kobe/Japan haben exemplarisch deutlich gemacht, welche Vorurteile bedient oder erzeugt werden. Doch neben der relativ primitiven Produktion von Überlegenheitsdünkel, Herrenmenschenattitüde und chauvinistischen Rassismen ("mit deutscher Technologie wäre das nicht passiert", "bei uns wäre das nicht möglich") besteht das Risiko dieser Dynamik vor allem darin, einen durchgängigen Realitätsverlust zu bewirken, der unweigerlich auf Enttäuschung und Hilflosigkeit hinausläuft, wenn es denn doch einmal zuhause passieren sollte. Dann erweisen sich die Sicherheitsversprechen als Täuschung und die Überlegenheitsattitüde als vollkommene Blindheit vor den Realitäten ("Mein Gott, was ist Becquerel und was bedeutet es jetzt?").

Als letztes schließlich tritt eine Dynamik hinzu, die sich aus der technisch-administrativen Handhabung von Risiken ergibt und die den Faktor Enttäuschung unterfüttert: Die Sicherheitsversprechungen nach außen korrespondieren mit einer zunehmenden Verlagerung des Risiko-Management nach innen, d.h. Definition, Handhabung und Administration von Risiken vollzieht sich innerhalb und zwischen Facheliten, selbst Warnprozesse (von der wissenschaftlichen Entdeckung bis hin zur alltagspraktischen Form "stiller" Alarmierungen) und Risikoinformationen (Meßdateninterpretation bei KFÜ z.B.) sind inzwischen der öffentlichen und damit auch der individuellen Wahrnehmung entzogen (Tschernobyl hat in diesem Sinne durchaus eine Monopolisierung von Grenzwerten, Dateninterpretation und -kommunikation bewirkt.) Die Folge für die Bevölkerungen moderner Industriegesellschaften besteht darin, daß die ideologische Gefahrblindheit von einer faktischen Gefahrblindheit begleitet wird, so daß Gefahren grundsätzlich nicht mehr handhabbar und Gefahreninformationen grundsätzlich nicht mehr prüfbar sind.

Teilt man die skizzierten Voraussetzungen, so sind die Folgen für ein zukünftiges Gefahren-Management ausgesprochen problematisch. Da wir es zunehmend mit "low probability/high consequence"-Ereignissen zu tun haben, steht jeder

Katastrophenschutz vor einer - wiederum - strukturellen Erschwernis: Bei geringer werdenden Wahrscheinlichkeiten treten Risiken seltener ein, während die Schäden bei dennoch eintretenden Risiken immer größer werden. (Lloyds steht vor dem Bankrott; auch deutsche Rückversicherer erwägen, sich aus bestimmten Risikobereichen zurückzuziehen oder die Prämien drastisch zu erhöhen). Da sich unser gegenwärtiges System der (interventionistischen) Gefahrenabwehr auf die Bearbeitung eingetretener Schäden vorbereitet, müßte sich die STAN theoretisch am größten erwartbaren Ereignis ausrichten. Keine einzige Industriegesellschaft ist zu einem derartigen Mitteleinsatz willens und ökonomisch in der Lage. Da zudem Großschäden und Katastrophen relativ selten eintreten, zeigt sich folglich in Ländern mit geringer Ereignishäufigkeit ein zunehmender Motivations- und Erfahrungsverlust bei den Einsatzkräften und, aus den oben benannten Gründen, auch bei den Bevölkerungen, die die Gefahrenabwehr finanzieren müssen.

Was kann man wissen?

In Ländern mit höheren Eintrittswahrscheinlichkeiten (z.B. USA, Asien) reagieren Bevölkerungen und Funktionspersonal anders. Die Frage jedoch, ob die dort gewonnenen Erfahrungen auf deutsche Verhältnisse übertragbar sind, erfordert eine differenzierte Beantwortung. Drei Unterschiede bestimmen die Übertragbarkeit maßgeblich.

1. Die Unterschiede zwischen klassischen "Naturkatastrophen" und "menschgemachten" Katastrophen
2. Die Unterschiede zwischen entwickelten und weniger entwickelten Ländern
3. Die Unterschiede zwischen den Organisationssystemen der Gefahrenabwehr

Der Tendenz nach werden Ereignisfolgen kausal schuldhaft zuzurechnen versucht. Naturbedingte Ereignisse gelten dabei eher als unausweichlich und unvermeidbar, während menschengemachte, also anthropogen verursachte Ereignisse eher als vermeidbar angesehen werden. Im Vergleich zwischen den Ereignisfolgen in entwickelteren und weniger entwickelten Ländern zeigt sich, daß mit dem Grad der Entwicklung die Sachschäden exponentiell wachsen, während die Personenschäden eine zivilisatorische Umschichtung erfahren. Mit höherem ökonomischen Niveau gehen die unmittelbar von Schadensereignissen betroffenen Opferzahlen zurück, doch wachsen dagegen die mittelbar bedingten Zivilisationsschäden an (Arbeits- und Verkehrsunfälle, Gesundheitsschäden, chronische Schäden, Rehabilitationskosten). Wenn also Naturkatastrophen in armen Weltregionen viele Tote und Verletzte aber relativ geringe Sachschäden, in reichen Ländern dagegen extrem hohe Sachschäden und vergleichsweise extrem wenig Tote und Verletzte hervorrufen, dann wird unabweisbar, daß die Schadensform nicht mit dem Auslöseereignis korreliert, sondern mit den zivilisatorischen Bedingungen, innerhalb derer es stattfindet. Dies führt ganz

zwangsläufig zur Einsicht, daß "Natur"-Katastrophen ein ideologisches Denkkonzept sind, weil nicht gleiche Naturbedingungen (z.B. Erdbeben) zur Katastrophe geworden sind, sondern weltweit ungleich verteilte Lebensbedingungen den Herausforderungen der Natur ebenso ungleich widerstanden haben oder gescheitert sind. (Ob sich eine Gesellschaft erdbebensicheres Bauen leisten kann, ist eine Frage der Ökonomie; ob die Gebäude beim Einsturz Sekundärschäden bewirken, wie z.B. Gasleckagen, Stromausfälle oder Löschwasserknappheit, sind technische Fragen - aber eben keine Sache der Natur.) Im Endeffekt wandeln sich darüber die Anschauungen der potentiell betroffenen Populationen. Die zunehmende Einsicht, daß Art und Ausmaß der erwartbaren Schäden auf zivilisatorischen Kalkülen beruht, rückt die Risikokategorie in den Mittelpunkt individueller Lebensplanung. Schon heute erweist sich eine quantitativ breit geteilte Risikoaversion als Standortfaktor und damit als wirtschaftliche und politische Entscheidungsvariable ("Atomkraft Nein Danke"; "Kein Hafenschlick in der Wilster Marsch"; Kein Giftmüll nach Petershagen" etc.). Die Unterschiede in der gesellschaftlichen Umgangsweise mit Risiken gewinnt somit zukünftige Bedeutung. Vergleicht man z.B. die institutionellen Mechanismen, mit denen Risiken in den USA und in Deutschland kommuniziert und umhegt werden, so fällt dort eine eher basisdemokratische und hier eine eher autoritative Umgangsform ins Auge (z.B. "local planning committees"; "Right to know Act/SARA Title III; Wahlamt bei Sheriff/Kat-Manager). Ohne ins Detail gehen zu müssen, läßt sich aufgrund der Unterschiede im Institutionellen und aufgrund der größeren Katastrophenhäufigkeit von großen qualitativen und quantitativen Unterschieden in der sogenannten "Katastrophenkultur" der potentiell gefährdeten Populationen ausgehen. "Verletzlichkeit" (vulnerability) ist für die meisten Amerikaner kein leerer oder fiktiver Begriff aus dem Vokabular verkaufstüchtiger Versicherungsvertreter, sondern ein bis zur Checkliste heruntertransformierter analytischer Blick auf die Bedingungen, in denen man lebt. Deutlicher als bei uns vermag der durchschnittliche Amerikaner zwischen medialer Katastropheninszenierung und der fürs eigene Leben relevanten Katastropheninformation zu unterscheiden. "Weather Radio" und "survival hints" (z.B. Verhaltenshinweise auf Kaufhaustüten, regelmäßige Radio- und Fernsehsendungen, Durchsagen in Schulen und öffentlichen Gebäuden etc.) gehören zum Alltag und halten Gefahren präsent, ohne daß dadurch die auch dort üblichen Sicherheitsversprechen der Risikoproduzenten destruiert werden.

Wenn wir uns also fragen, was wir über das bei Großunfällen und Katastrophen in Deutschland zu erwartende Verhalten wirklich wissen, so müssen wir trotz aller Erkenntnisse sagen: Im allgemeinen so gut wie nichts, im konkreten Einzelfall sehr viel. Aufgrund der bisherigen Darlegungen sollte deutlich geworden sein, daß sich Aussagen (vor allem verallgemeinernde) verbieten, wenn nicht die strukturellen Bedingungen überschaubar sind, innerhalb derer ein Schadensereignis stattfindet. Das Haupthindernis bei einer realistischen Lagebeurteilung besteht darin, daß die

grundlegenden Antriebsmuster bei den Handelnden immer kontradiktorischer werden: Trotz zunehmender faktischer Risikoblindheit wächst der Grad der gesellschaftlichen Risikoaversion, was eher auf eine Ideologisierung von Risiko schließen läßt, denn auf eine Versachlichung der Risikokalküle. Die Ideologisierung von Risiko bewirkt eine Emotionalisierung der Risikoinformation, so daß bei Gefahr einerseits das Informationsbedürfnis so himmelweit wächst, wie die Risikoblindheit uferlos ist, andererseits aber die dann spürbare Ausgeliefertheit an Informanten zwangsläufig keine Beurteilung der Information ermöglicht, sondern nur eine affektuelle Überforderung der Beteiligten als Personen. Information hat dann nichts mehr mit Kenntnis und Erkenntnis zu tun, sondern nur noch mit vormodernen Mechanismen zur Reduktion von Komplexität: Glauben statt Wissen, Vertrauen statt Überprüfbarkeit, symbolische Verbandlung (Müsli sucht Müsli, Chauvi Chauvi etc.) statt funktionale Kooperation. Der Tendenz nach läuft dies auf die Einstellung arbeitsteiliger Vollzüge hinaus, Mad Max und Survivalismus auf Clanebene lassen grüßen. Tschernobyl hat als Extremfall gezeigt, wohin diese Emotionalisierung und Irrationalisierung führen: Offiziellen Stellen wird nicht mehr geglaubt, Anweisungen nicht mehr befolgt, Handeln atomisiert zu Escapismen (Verlassen des Arbeitsplatzes, Vorschützen von Krankheit, evakuierungsähnliche Ferienaufenthalte etc.) und unsozialen Verhaltensstrukturen (Hamsterkäufe, Etikettierungsbetrug bei Lebensmitteln), gleichzeitig aber auch zu neuen Solidaritäten und Handlungsbündnissen (Initiative "Eltern für unbelastete Nahrung", Mutter-Kind-Demonstrationen etc.).

Tatsache ist also, daß moderne Risiken in ambivalente, teilweise kontradiktorische Handlungsalternativen eingebettet sind und oftmals nur minimale Auslöser nötig sind, um eine dieser Alternativen bis zur Extremform zu aktivieren. Ganz gleich, jedoch, welche Alternative als affektuelles "Begleitprogramm" ausgelöst wird, immer wollen die Beteiligten Aufklärung darüber

1. Was passiert ist;
2. Was dies für das eigene Schicksal bedeutet;
3. Was mit den Angehörigen geschieht;
4. Wie lange die Gefahr andauern wird;
5. Wann Maßnahmen ergriffen werden; und
6. Was man tun kann und soll

Nur wenn diese Fragen glaubwürdig beantwortet werden, entsteht innerhalb einer Krisen- oder Belastungssituation ein Vertrauensverhältnis, von dem aus die Betroffenen die Situation zu analysieren beginnen, statt sie durch imaginäre Angstbilder zu verstellen.

Da jedoch keine eingelebte, erfahrungsbasierte Katastrophenkultur existiert, wird sich jedes Gefahren-Management dem permanenten

Risiko von Gefühlsumschlägen ausgesetzt sehen. Dies umso mehr, als bei "low probability/high consequence"-Ereignissen die Intervalle bis zum Einsetzen professioneller Hilfe länger statt kürzer werden und die Betroffenen prinzipiell eines immer umfassenderen Sockels an Ersthilfe-Vermögen bedürften.

Wie werden Menschen reagieren?

Die oben aufgelisteten Informationsbedürfnisse umreißen den rationalen Kern jedes potentiellen Verhaltens und Handeln. Menschen wollen ins Bild über die Gesamtlage (Übersicht) und über die Lage vor Ort gesetzt werden. Aus beiden Informationen ergeben sich die Basisdaten für Zeithorizont und Verlaufsmöglichkeiten. Überall dort, wo Informationen dem menschlichen Wahrnehmungsvermögen entzogen sind (generell bei allen Meßwerten, von Ozon bis Nukleide), wollen Menschen mit unbeantwortbaren Genauigkeitsmaßen Aufklärung haben ("Werde ICH Krebs bekommen???"). Die Genauigkeitserwartungen korrelieren dabei logischerweise mit der Unvertrautheit gegenüber den dahinterliegenden wissenschaftlich-technischen Zusammenhängen. Von daher ist dieses Problem nicht während des Gefahrenmanagements lösbar. Dennoch muß es zur Ausbildung gehören, "transformationsfähig" zu sein und Zusammenhänge verständlich und glaubhaft formulieren zu können. Zudem wollen Menschen unbedingt wissen, was mit ihren Angehörigen und emotional Verbundenen geschieht. Dies ist bei Ereignissen von entscheidender Bedeutung, bei denen durch das Schadensereignis Zusammengehörigkeiten getrennt werden (Wohnung, Arbeitsplatz, Schule, Kindergarten). Es bedarf glaubhafter Auskünfte über die Maßnahmen für die gefährdet Geglauten, andernfalls werden sich keine gelenkten Bevölkerungsbewegungen gewährleisten und Gebiete räumen lassen. Es bedarf des weiteren wahrheitsgemäßer Aussagen über die voraussichtliche Dauer der Belastungssituation. Menschen wollen sich "justieren", d.h. ihre "Energievorräte" im psychischen, physischen und materiellen Sinne (z.B. Nahrungsreserven) einteilen. Wer hier täuscht (und sei es auch aus sogenannten lauterer Absichten), der verspielt seine Vertrauensbasis. Irrtümer oder hinzutretende Lageverschärfungen werden von Betroffenen eher verkraftet als die Einsicht (manchmal auch nur die Vermutung), hinters Licht geführt worden zu sein.

Ganz wichtig ist es, den Betroffenen die geplanten, die bereits durchgeführten und die laufenden Maßnahmen zu erklären und zu begründen. In Belastungssituationen nimmt der Erklärungsbedarf rapide zu; aufgrund des Stresses nimmt demgegenüber die Aufnahmefähigkeit für Argumentketten ab. Oftmals muß deshalb mehrfach wiederholt werden, was die Einsatzkräfte "nervt". Hier muß Ausbildung anhebeln und Geduld schulen. Dem gelegentlich bis zur Kapazität von 6-Jährigen absinkenden Kognitionskraft geht gleichwohl eine affektive Geladenheit einher, die eruptiv ganze Gruppen zu abweichendem Verhalten verführen kann.

Am wichtigsten ist eine auf betreuende Kooperation gerichtete Einbindung der emotional und psychisch stabilsten Betroffenen. Zum einen vermögen sie tatsächlich nutzbringend mitzuwirken, zum anderen ziehen sie im positiven Sinne nach. Doch auch ohne diese utilitaristische Seite sind Offerten für Selbsthilfeinitiativen unbedingt erforderlich. Ohne Selbstorganisation werden sich Großschadenslagen und Katastrophen zukünftig kaum vernünftig überstehen und akzeptabel nachbereiten lassen (Konnex von posttraumatischer Störung und situativem Hilflosigkeitserleben).

Brandkatastrophen

Im Gegensatz zu den USA, Australien oder verschiedenen Mittelmeerländern haben sich in der Bundesrepublik nach dem Krieg keine tage- oder gar wochenlangen Feuersbrünste über riesige Areale hin ereignet. Brände sind in Deutschland, nicht zuletzt aufgrund der institutionellen Einhegungen, eher singuläre Ereignisse von räumlich und zeitlich eng begrenztem Charakter. Die Hauptprobleme entstehen eher im Bereich der Rauchgasentwicklung und Intoxikation sowie für die Einsatzkräfte selbst. Der Gefährdungsgrad der Bevölkerung darf als gering bezeichnet werden. Von daher ziehen Brandereignisse eher Neugierige an, als daß sie Rettungsanstrengungen im Massenbereich oder gar Evakuierungen erforderlich machen. Dennoch nehmen Brandfälle zu, bei denen die Synergieeffekte der Brandinventare zu Fernwirkungen im zuordenbaren und nicht zuordenbaren Umfeld führen oder bei denen die Ausbreitung von Rauchgasen Vorsorgemaßnahmen erforderlich machen (Hinweise im Verkehrsfunk, regionale oder stadtteilbezogene Durchsagen). Fälle, in denen Anwohner Gesundheitsschäden befürchten, nehmen nicht nennenswert zu, obgleich die Wirksamkeit der offiziellen Hinweise wie "Fenster und Türen schließen" oder "es besteht keine Gesundheitsgefährdung" zunehmend Mißtrauen findet. Von psychologischer Bedeutung sind die bei Bränden auftretenden Fälle spektakulären individuellen Fehlverhaltens, wie Sprünge aus brennenden Gebäuden oder Rückkehr bzw. Hineinrennen in brennende Gebäude. Dies belastet insbesondere die Einsatzkräfte selbst und gehört in die Ausbildung sowie die Betreuung.

Insgesamt werden Brände noch am ehesten aus der klassischen "Natur"-Katastrophen-Perspektive wahrgenommen. Außer bei Brandstiftung erscheinen sie als Ergebnis unglücklicher Umstände, die niemand wollte und schon gar nicht plante. Auch wenn die Brandkriminalistik aufweisen kann, daß Brände keineswegs unausweichlich und unvorhersehbar sind, werden dennoch die institutionellen Umgehungen nicht als ideologische Sicherheitsversprechen begriffen und dennoch eintretende Brände nicht als ungebührliche Risikoabwälzung auf Dritte. Brandrisiken sind im allgemeinen gut abgesichert, so daß weder das Risikokalkül

irrationalisiert noch tatsächlich eintretende Brände zu emotionalisierten Risikoaversionen führen. Das Brandrisiko ließe sich somit als Modell für eine gesellschaftlich normale Verletzlichkeit nehmen, von dem aus abgeleitet werden könnte, wie Gesellschaften mit Risiken generell umgehen sollten.

Chemiekatastrophen

Bislang sind der Bundesrepublik Deutschland gravierende Chemiekatastrophen mit einem Massenanstieg von Toten und Verletzten erspart geblieben. Dennoch weiten sich die aus der Kernindustrie bekannten Irrationalisierungen und Emotionalisierungen zunehmend auf die Chemische Industrie aus (Stichwort "Chlor-Chemie"). Insbesondere die Verbindung mit Natur- und Umweltschutz leitet Formen der Risikoaversion ein, so daß die bereits beschriebenen ambivalenten bis kontradiktorischen Verhaltensalternativen im Falle chemischer Störfälle wahrscheinlicher werden. Die Umsetzung der Seveso-Richtlinie in deutsches Recht ("Störfallverordnung", 11a BImSchG) hat gezeigt, daß zwischen Unternehmen und Bevölkerung noch keine sachliche Basis für eine angemessene Risiko-Kommunikation existiert. Die Furcht vor politisch manifestierten Aktionen von Risikoaversion (Boykottmaßnahmen, Greenpeace-Aktionen, Demonstrationen) begünstigt eher Abschottungs- und Geheimhaltungsstrategien denn eine produktive Offenheit. Die meisten Unternehmen fürchten, "schlafende Hunde zu wecken"; sie vermeiden damit den wirklichen Dialog und bevorzugen Pseudodialogformen auf dem Anzeigenweg ("Chemie im Dialog"). Im Störfall wird dies dazu führen, daß eine um ihre Gesundheit besorgte Bevölkerung aus Unkenntnis über angemessene Maßnahmen (real fehlende Katastrophenkultur) auf "wahre" Informationen dringt, den Wahrheitsgehalt aus Unkenntnis über chemische Prozesse nicht beurteilen kann. Dies und die von der Chemischen Industrie verspielte Chance, bei schönem Wetter den möglichen Konflikten die falschen Spitzen zu nehmen, öffnet die Tür für Scharlatane und ideologische Süppchenkocher. Die Binsenweisheit, nach der Hans nimmer lernt, was Hänschen nicht lernte, gilt für den Ernstfall in besonderem Maße. Man holt nicht unter Streß Kaninchen aus dem Zylinder, die man nicht vorher mit ruhiger Hand hineinsteckte...
Evakuierung

Gerade die Potentiale der chemischen Industrie vermögen am ehesten zu Lagen zu führen, die Evakuierungen erforderlich machen. Interessanterweise ist das Instrument der Evakuierung in Deutschland ideologisch und emotional so kontradiktorisch umrankt wie beispielsweise die Atomkraft oder der Atomkrieg. In den doomsday-Szenarien der Atomkraftgegner werden Evakuierungsvorhaben als unangemessen, wirkungslos und hinterhältig charakterisiert ("Aktivität, die ins Verderben führt"). Umstandslos wurde an die Zivilschutzkonzepte aus WINTEX/CIMEX angeknüpft und "stay put" wie "gelenkte Bevölkerungsbewegung" wechselseitig gegeneinander ausgespielt.

Andererseits zeigen die Evakuierungen im Rahmen von Bombenentschärfungen, Sprengungen bei Baumaßnahmen oder kriminellen Handlungen, daß sie wirksam und durchführbar sind und bei den betroffenen Populationen auf Akzeptanz stoßen. Offensichtlich gibt es "böse" und "gute" Evakuierungen und damit ebenso Irrationalisierungs- und Emotionalisierungsabsichten.

Daß auch die Befürworter von Evakuierungsmaßnahmen von interessengeleiteter Schönfärberei nicht frei sind, zeigt die Missisauga-Rezeption durch den TÜV Rheinland. Er nahm die Evakuierung von über 250.000 Menschen nach der Explosion von Chlorkesselwagen als Beleg für die Möglichkeit, eine ganze Stadt innerhalb kürzester Zeit evakuieren zu können. Keine Erwähnung fand dabei die Tatsache, daß hier eine Bevölkerung evakuiert wurde, die keinerlei emotionale oder ideologische Reserven gegenüber einer solchen Maßnahme hegte, die vielmehr - (zufällig natürlich) - eine Woche vor dem Desaster im Rahmen einer großangelegten Zivilschutzübung ganze Stadtteile evakuiert hatte. Nicht erwähnt wurde, daß im Durchschnitt jede Familie in Missisauga über 2,4 Fahrzeuge verfügte (Trecker, Camper, Pick-ups eingeschlossen), die Stadt, wie in Nordamerika generell üblich, über ein ausgewiesenes und gut beschildertes System von Evakuationsrouten verfügt und zudem aufgrund der günstigen Wetter- und Windbedingungen die Behörden (im eingespielten Verbund mit den local planning committees, also den Bürgerkomitees des Katastrophenschutzes), Tag für Tag einzelne Stadtteile geordnet evakuieren konnten. Allein die Nachuntersuchung der Verkehrsflußlogistik zeigt eine Koordinationsleistung, die niemals aus dem Stand zu leisten ist. Überträgt man also Missisauga auf Deutschland, so stimmt rein gar nichts mehr. Weder gibt es Evakuierungsübungen, noch eine unbelastete Kooperation zwischen Behörden und Bürgern, noch Behörden, die für eine derartige Aufgabe ausgestattet oder eingespielt sind. Nicht jede Familie verfügt über eine derart umfangreiche Transportkapazität und nach Evakuierungsrouten sucht man ohnehin vergebens. Doch welche Familie hat bei uns aus eigener Initiative vorgesorgt und sich einen (Selbst-)Evakuierungsplan erstellt?

Der kritische Blick auf Missisauga läßt andererseits sichtbar werden, daß das Kind nicht mit dem Bade ausgeschüttet werden sollte. Es kann nicht darum gehen, für Hamburg (Achsen- und Tunnel-/Brückenproblematik) oder gar die Megametropolis Rhein/Main Gesamtevakuierungsplanungen erstellen zu wollen. Wichtig ist vielmehr, daß gerade Evakuierungsmaßnahmen eine relativ breite Infrastruktur erfordern, bis hin zur Bereitstellung von Auffangräumen, Quartieren und Versorgungsleistungen.

Bevor derartige Dimensionen planerisch in Angriff genommen werden, sollte man den Bezugsrahmen zurechtrücken und Evakuierungen als regional begrenzte Maßnahmen im Kontext von Großschadensereignissen bei Bränden oder chemischen Störfällen in den Planungsvorlauf einbeziehen.

Auch hier gilt dann, daß der gesellschaftliche Inszenierungszusammenhang Beachtung finden muß. Wo schon der Begriff "Evakuierung" den Startschuß für Ideologisierungen und Emotionalisierungen markiert, kann allein eine auf längere Zeiträume angelegte Risiko-Kommunikationsstrategie den Weg für Veränderungen freimachen. Zumeist versäumen es die für das Gefahren-Management verantwortlichen Institutionen, "günstige" Gelegenheiten für den Beginn einer sachlichen Diskussion zu nutzen. Jede Bombenräumung belegt auch ohne Worte den Sinn und Nutzen von Evakuierungen; hier ließe sich anknüpfen und nach den Ängsten und Befürchtungen fragen. Zumeist glauben die Evakuierten nämlich, daß mit Plünderungen zu rechnen ist, daß Evakuierungsunwillige mit Zwangsmaßnahmen zu rechnen haben, daß auf wesentliche Hausgenossen, vor allem Haustiere, keine Rücksicht genommen werden usw. Solche Befürchtungen sind zu diskutieren und einvernehmliche Lösungen anzubieten; nur so entsteht Vertrauen.

Ausblick

Nach Lage der technischen und ökonomischen Entwicklung wächst das Risiko von Großschadenslagen. Ein zunehmend den wirtschaftlichen Möglichkeiten angepaßter Katastrophenschutz wird zukünftig bestenfalls eine Grundversorgung in der Größenordnung mittlerer Schadensereignisse gewährleisten können. Damit wird die Erst- und Selbsthilfefähigkeit der Bevölkerung auf der einen und ihre flexible Rekrutierungsfähigkeit für einen personell reduzierten Katastrophenschutz andererseits immer wichtiger. Unter gegenwärtigen Bedingungen muß eine solche Funktionsdelegation an die potentiell Betroffenen vollkommen illusorisch wirken. Weder existiert eine realitätsgerechte Risikowahrnehmung, noch eine vorurteilslose Risikokalkulation, noch eine angemessene Verletzlichkeitsanalyse auf Niveau der Haushalte. Ohne eine solche Katastrophenkultur besteht die Gefahr einer weiteren Emotionalisierung und Ideologisierung und damit einer umfänglichen Risikoaversion, die sich selbst wiederum als Standortnachteil auswirken kann. Von daher wird dafür plädiert, einen Risikodiskurs zu initiieren, der, ähnlich den "local planning committees" in den USA, Bevölkerung, Unternehmen und Behörden dazu bringt, die vormodernen Strategien der Komplexitätsreduktion aufzugeben und moderne Äquivalente des Risikokalküls einzuführen. Dies eröffnete die Chance, bei Krisen und Unfällen nicht mehr von imaginären Angstbildern und "bannungsbereiten Priesterpersonen" abhängig zu sein und darüber auf Unwägbarkeiten zu stoßen, die zur Katastrophe in der Katastrophe werden.